

50 Stadt-Jobs für Langzeitarbeitslose

Soziales: Ein neues Bundesprogramm stellt Gelder bereit, um sozial schwache Familien zu fördern. Die SPD sieht die Stadt mit ihren Gesellschaften in der Pflicht, aber auch Betriebe und Vereine

Von Sven Koch

Detmold. Die SPD will mehr Jobs für Langzeitarbeitslose bereitstellen. Mindestens 50 Stellen sollen innerhalb der Stadtverwaltung geschaffen werden. Auch die gesellschaftsrechtlichen Töchter der Stadt, zum Beispiel die Stadtwerke, aber auch Betriebe, Vereine und Organisationen seien gefordert. Hintergrund ist das neue Gesetz zur Schaffung von Teilhabechancen. Anfang der Woche hatte der Kreisausschuss einem Beschäftigungsprogramm zugestimmt.

Das Jobcenter kann künftig bis zu fünf Jahre Lohnkosten übernehmen oder bezuschussen sowie Langzeitarbeitslose vermehrt qualifizieren. 4500 Lipper kommen dafür in Betracht. Da die Einsatzgebiete weder gemeinnützig noch zusätzlich sein müssen, ergäben sich viele Einsatzfelder. Kommunen könnten als Arbeitgeber auftreten. Die neuen Stellen

könnten der Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt dienen und im Umweltbereich, in sozialen Einrichtungen, in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, in der Stadtteilarbeit, im Tourismus und im Bereich der Kultur eingesetzt werden.

Genau das hat die Detmolder SPD im Visier, die Ende November einen entsprechenden Antrag formulierte. Er wird in der kommenden Woche (19. Dezember) im Zuge der Haushaltsplanverabschiedung zur Abstimmung stehen. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde lediglich ein Stimmungsbild eingefangen, und das ist positiv unter den andere Fraktionen. „Ein gutes Programm“, sagte für die CDU Jörg Thelaner. „Wir unterstützen das und brauchen Kooperationspartner dafür.“ Die Verwaltung solle nun prüfen, was möglich ist, heißt es im SPD-Antrag.

Laut der Detmolder SPD sollten die Stellen im kommu-

Auf dem Gut Herberhausen. Durch das Projekt „Möbel-Spende von Hand zu Hand“ können sich Bedürftige mit Möbeln und auch mit Hausrat versorgen. Gleichzeitig bildet es ein Tätigkeitsfeld für Langzeitarbeitslose.



nalen und gemeinnützigen Bereich entstehen und auch die Ehrenamtler entlasten – zum Beispiel in bereits bestehenden Strukturen wie im Projekt Möbelspende von Hand zu Hand als Ausgangspunkt für ein mögliches künftiges Sozialkaufhaus.

Es gebe großen Handlungsbedarf, auch im Hinblick auf die Reduzierung von Kinderarmut (siehe Kasten). Somit bedeute das Programm einen wesentlichen Schritt, um sozial benachteiligte Familien und deren Kinder zu fördern und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. „Ehemals arbeitslose Eltern können so einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten und genießen eine entsprechende, gesellschaftliche Wertschätzung“, betont SPD-Fraktionsvorsitzender Harald Matz. Für die Entwicklung von Kindern sei es wichtig, dass ihre Eltern durch regelmäßige Arbeit eine Vorbildfunktion übernehmen würden. Nur so könne perspektivisch verhindert werden, dass aus den Kindern von Hartz-IV-Empfängern wiederum Bezieher von Sozialleistungen würden.

1600 Menschen sind betroffen

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Detmold liegt über dem Landesdurchschnitt und über dem der Nachbarkreise. Es gibt es 8500 Hartz-IV-Empfänger, darunter 1600 Langzeitarbeitslose. Jüngste Untersuchungen des Jugendamtes zeigen, dass 80 Prozent der Familien, die Jugendhilfeleistungen beziehen, auch welche vom Jobcenter bekommen. (sk)

Die Stadtverwaltung hat sich bereits Gedanken darüber gemacht, was in Detmold umgesetzt werden könnte, was bereits geschieht und das im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt. Aktuell unterhalte sie eine Fördermaßnahme mit

Geflüchteten, die ab Februar nicht mehr fortgesetzt werde. Bis zu 25 Personen würden vom Netzwerk Lippe und der euwatec betreut. Es sei vorgesehen gewesen, diese Maßnahme mit Geldern aus dem neuen Bundesprogramm fortzusetzen und es ab März neu aufzulegen.

Weiter sei es der Plan der Stadt, wie bisher die etablierten Träger von Fördermaßnahmen mit Projekten zu beauftragen. Mögliche Tätigkeitsfelder seien zum Beispiel das Möbellager in Herberhausen, besondere ökologische Projekte – zum Beispiel die „Bienenfreundliche“ Bepflanzung des Stadtgrüns, aktive Projekte unter dem Thema „Saubere Stadt“, Aufräumarbeiten, Grünflächenpflege und anderes. Über Beteiligungen der Stadt an Projekten solle gesprochen und ermittelt werden, wie viele Stellen dadurch entstehen.